

wichtig, das reiche kulturelle Erbe in Nordrhein-Westfalen zu bewahren und es für zukünftige Generationen zu sichern. Die zentralen gesetzlichen Grundlagen – das Archivgesetz und das Pflicht-exemplargesetz – bilden die digitale Realität gut ab. Sie gelten bundesweit als vorbildlich.

Mit der „Landesinitiative Substanzerhalt“ hat die Landesregierung ein ebenfalls bundesweit beachtetes Programm zur Erhaltung des analogen Kulturerbes aufgelegt. Insgesamt hat Nordrhein-Westfalen seit 2006 über 20 Millionen € für den Erhalt von Kulturgut zur Verfügung gestellt, davon mehr als 8 Millionen € für die Massenentsäuerung und etwa 2,5 Millionen € für Schutz- und Restaurierungsmaßnahmen in den Landesbibliotheken. Über die 20 Millionen € hinaus sind im Etat des Landesarchivs jährlich ca. 1,4 Millionen € für Digitalisierungsmaßnahmen vorgesehen.

Nordrhein-Westfalen ist das bisher einzige Land, das mit dem „Digitalen Archiv NRW“ daran arbeitet, eine landesweite Infrastruktur zu schaffen, um digitales Kulturgut langfristig zu sichern – eine Infrastruktur, die Land und Kommunen gleichermaßen nutzen können und die spartenübergreifend allen Kultur- und Gedächtniseinrichtungen im Land zur Verfügung stehen soll. Die gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen wird damit sowohl für das analoge wie auch für das digitale Kulturgut bereits umgesetzt.

Ein Rahmenplan „Landesinitiative Kulturgutschutz“ – so wie im Antrag der Piraten gefordert – scheint zunächst einmal ein nachvollziehbarer Vorschlag zu sein. Die Erfahrungen im Projekt „Digitales Archiv NRW“ zeigen jedoch, dass Mengen- und Kostenplanungen schon für sehr viel kürzere Zeiträume als zehn Jahre sehr aufwendig und wenig belastbar sind. Ich halte es deshalb für sinnvoller, mit den vorhandenen Ressourcen funktionsfähige technische Lösungen zu entwickeln, wie wir das beim „Digitalen Archiv NRW“ tun. Parallel werden wir die weitere Entwicklung – vor allen Dingen im technischen Bereich – beobachten, um veränderten Anforderungen zeitnah begegnen zu können. Damit ist die öffentliche Hand finanziell bereits sehr stark gefordert.

Auch auf der Bundes- und Europaebene setzen wir uns bereits seit längerem für den Substanzerhalt ein. Bund und Länder tragen gemeinsam die Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes. Diese zentrale Einrichtung gibt es seit 2011. Mit hohen Millionen-Beiträgen finanzieren Bund und Länder außerdem die Deutsche Digitale Bibliothek.

Unsere Positionen und Aktivitäten zum Erhalt von Kulturgut auf allen Ebenen stimmen dabei in vielen Punkten mit den Forderungen des „Berliner Appells“ überein. Ihn als Landesregierung zu unterzeichnen ist jedoch wenig sinnvoll. Schließlich richtet sich der

Appell auch an die Länder. Wir würden damit in fast allen Punkten an uns selbst appellieren.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist gut aufgestellt, wenn es um den Erhalt unseres kulturellen Erbes geht. Der Substanzerhalt wird auch weiterhin in enger Kooperation mit den Kommunen ein wichtiges Anliegen für die Landesregierung bleiben. Das werden wir noch einmal ausführlicher im Ausschuss diskutieren können. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 16/5027** an den **Ausschuss für Kultur und Medien**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wir dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## **11 Verbraucherinnen und Verbraucher im Netz schützen – Freiheit des Internets sichern!**

Große Anfrage 8  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/3704

Antwort  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4930

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Herrn Abgeordneten Bolte das Wort.

**Matthi Bolte (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben mit der heute vorliegenden Antwort auf die Große Anfrage 8 erstmals einen vollständigen Überblick über die beeindruckende Vielfalt, die sich bei einem umfassenden Blick auf das Thema „Verbraucherschutz im Internet“ ergibt. Es gibt viele Themen, viele Akteure und viele Perspektiven. Das ist überaus spannend, und ich bin mir sicher, dass die Lektüre gerade für Kolleginnen und Kollegen, die gerne Neuland entdecken, interessant und empfehlenswert ist. Sie werden viele spannende Punkte entdecken. Ich kann Ihnen auch zugleich ankündigen, dass wir die Antwort auf die Große Anfrage selbstverständlich auch als Basis für weitere parlamentarische Initiativen hier im Hause nutzen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Punkte möchte ich – gerade weil die Antwort so umfangreich und facettenreich ist – besonders hervorheben. Zum ersten will ich die Themen hervorheben, die viele Bürgerinnen und Bürger in der Vergangenheit beschäftigt haben und die auch die öffentliche Diskussion über den digitalen Verbraucherschutz immer wieder dominieren.

Allein 5.400 Beratungsfälle bei oftmals unberechtigten Abmahnungen durch die Verbraucherzentrale NRW sprechen, was diesen Bereich angeht, eine deutliche Sprache. Ähnlich ist es beim Thema „Abofallen“, wo es auch viele Betroffene gibt. Letzteres konnte mit der Button-Lösung in der Vergangenheit angegangen werden. In beiden Bereichen sind Initiativen nur zustande gekommen, weil die rot-grünen Länder – insbesondere auch Nordrhein-Westfalen – Druck über den Bundesrat gemacht haben. Das war notwendig, weil sich CDU und FDP lange Zeit nicht aufraffen konnten und weil in den vier Jahren der schwarz-gelben Bundesregierung Verbraucherinnen und Verbraucher eben keine starke Lobby hatten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, es hat sich – wie diese beiden Beispiele zeigen – für die Verbraucherinnen und Verbraucher etwas verändert und verbessert. Das aber, was am Ende herausgekommen ist, beinhaltet noch die eine oder andere Hintertür. Es ist wichtig, dass es da Beratung durch starke Institutionen gibt, wie wir sie hier in Nordrhein-Westfalen haben.

Die Verbraucherzentralen NRW hatten im Jahr 2012 – diese Zahlen haben mich wirklich beeindruckt – 365.000 persönliche Anfragen, 250.000 telefonische Anfragen, 220.000 Veranstaltungskontakte und 120.000 Rechtsberatungen. Das zeigt die Vielfalt dieser Beratungsleistungen.

Wenn man sich das anschaut, sieht man, dass 40 % dieser Beratungskontakte den Bereich Telekommunikation betrafen. Das zeigt, wie relevant das Thema ist, das wir mit unserer Großen Anfrage aufgegriffen haben.

Dies zeigt aber nicht nur die Relevanz, sondern auch, wie gut es ist, dass die rot-grüne Landesregierung diese starke Institution, die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, weiter fördern und die Förderung sogar noch ausbauen wird.

Meine Damen und Herren, wir haben das Ziel, das wir schon lange verfolgen, dass unter der rot-grünen Landesregierung Nordrhein-Westfalen zum Medienkompetenzland Nummer eins wird, denn Medienkompetenz und Datenschutzkompetenz sind der Schlüssel zur digitalen Teilhabe. Dass wir es hinbekommen, gleichberechtigte Teilhabe am Internet endlich für alle zu gewährleisten, ist ein weitreichender gesellschaftlicher Anspruch und für uns zugleich ein Auftrag. In einer Zeit, in der sich immer mehr gesellschaftliche Prozesse ins Netz verlagern,

dieser Wandel in einer atemberaubenden Geschwindigkeit vor sich geht, können wir es uns nicht leisten, einzelne Bevölkerungsgruppen außen vor zu lassen. Die Nutzerquote in der älteren Generation liegt bei um die 40 %. Das langt nicht. Deshalb ist es sehr wichtig, dass die Landesregierung – auch das geht aus der Antwort auf unsere Große Anfrage hervor – hier einen Schwerpunkt bei der Förderung der Medienkompetenz setzen will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Freiheit gehört auch Sicherheit für die Nutzerinnen und Nutzer. Das gilt für den Bereich Phishing. Mittels des Phishing-Radars konnten 4.600 betrügerische Seiten aufgedeckt werden. Das gilt auch für den Bereich Identitätsdiebstahl, der uns in den vergangenen Wochen noch einmal drastisch vor Augen geführt wurde. 16 Millionen manipulierte E-Mail-Konten sind schon schlimm genug, aber es geht gar nicht, dass eine eigentlich sehr vertrauenswürdige Bundesbehörde wie das BSI über Monate diese Information vor der Öffentlichkeit zurückhält.

Meine Damen und Herren, interessant an der Antwort auf unsere Große Anfrage finde ich, wie die Landesregierung die Möglichkeiten der Digitalisierung für die Verbraucherinnen und Verbraucher nutzen möchte. Die Appetitlich-App in Duisburg und Bielefeld als Modellkommunen zur Ergänzung der Gastroampel ist nur ein Beispiel. Dazu gehört aber auch die klare Ansage, für Verbraucherinnen und Verbraucher relevante Informationen unter Open-Data-Kriterien zu veröffentlichen. Das sind gute und wichtige Schritte.

Lassen Sie mich zum Schluss dieser ersten Runde kommen. Wir haben immer klar gesagt: Nutzerinnen und Nutzer haben einen Schutzanspruch. Verbraucherpolitik hat einen Schutzauftrag. – Wir begegnen den Herausforderungen des Verbraucherschutzes im Internet mit einem angemessenen Maß an Regulierung, wo dies sinnvoll ist, und mit Unterstützung und Beratung für die Verbraucherinnen und Verbraucher, wo immer dies möglich ist. Das zeigt: Verbraucherschutz ist ein wichtiger Teil der Netzpolitik der Landesregierung. Die digitale Dimension des Verbraucherschutzes hat eine hohe Priorität bei dieser Landesregierung.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich mich, Herr Minister, bei Ihrem Haus für die umfangreiche Antwort herzlich bedanken. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Fraktion, die an der Ausarbeitung dieser Großen Anfrage mitgewirkt haben, danke ich. Nun freue ich mich auf die Debatte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Blask.

**Inge Blask (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank, Herr Minister Remmel, für die Beantwortung der Großen Anfrage „Verbraucherinnen und Verbraucher im Netz schützen – Freiheit des Internets sichern!“ Bitte geben Sie diesen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter, denn 125 Seiten sind eine stolze Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Informationen über die Chancen und Risiken bei der Nutzung des Internets sind beim digitalen Verbraucherschutz von zentraler Bedeutung. Die vorliegende Antwort der Großen Anfrage enthält eine Darstellung der vielfältigen Maßnahmen zur Aufklärung und Kompetenzvermittlung in Nordrhein-Westfalen. Einer besonderer Bedeutung kommt der Landesanstalt für Medien, LfM, und deren Aktivitäten zur Steigerung der Medienkompetenz, dem Grimme-Institut sowie den Aufklärungs- und Beratungsmaßnahmen der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen mit ihren 59 Beratungsstellen zu. Diese informieren, beraten Verbraucherinnen und Verbraucher auch bei individuellen Rechtsproblemen, die sich aus der Nutzung des Internets ergeben, und tragen damit dem Umstand Rechnung, dass Verbraucherschutz im Internet häufig auf dem zivilrechtlichen Weg durchgesetzt werden muss.

Auffällig waren – der Kollege hat es bereits genannt – in den vergangenen Jahren die sogenannten Abofallen. Hier handelte es sich um Internetangebote, bei denen die Unternehmen die Entgeltspflichtigkeit verschleiern wollten. Mit der neuen Verbraucherschutzregelung in § 312 g des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde die sogenannte Button-Lösung eingeführt. Das heißt, man muss jetzt eindeutig auf einen „Kauf“-Button klicken, sodass man sich bewusst ist, dass man jetzt einen Kauf tätigt. Seitdem sind viele dieser unseriösen Seiten im Internet nicht mehr zu finden. Vor der gesetzlichen Regelung haben bei den Verbraucherverbänden bundesweit monatlich bis zu 12.000 Anfragen dazu vorgelegen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative sehr dafür eingesetzt, dass es zu dieser Button-Lösung kommt.

Aber auch mit Problemen aufgrund des sogenannten Phishings oder mit Fragen bei Urheberrechtsverletzungen müssen sich Verbraucher auseinandersetzen.

Im Bereich des E-Commerce teilt die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen mit, dass insbesondere im Bereich des Erwerbs digitaler Güter per Download Probleme bestehen. Die Thematik des Erwerbs und der späteren weiteren Nutzung von digitalen Produkten, die in ihrer unkörperlichen Form per

Download oder per Internet bezogen werden, waren bereits Gegenstand der Verbraucherschutzministerkonferenz im Mai 2013. Das MKULNV hat dort einen Beschluss unterstützt, der darauf abzielt, analoge und digitale Güter hinsichtlich des Erwerbs und der damit einhergehenden Rechte gleichzustellen.

Die Formen des Mobile Payment werden zunehmen und eine besondere Anforderung an den Datenschutz stellen. Wie bereits dargestellt, unterstützt die Verbraucherzentrale die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen auch mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen. Im Jahre 2013 belief sich die institutionelle Förderung des Landes auf 12,25 Millionen €. Und da sich die Kommunen mit 50 % an der Finanzierung beteiligen, sind das noch einmal 8 Millionen € mehr.

Verbraucherpolitische Fragen im Zusammenhang mit Internet und der Telekommunikation sind ein Schwerpunkt der von der Verbraucherzentrale aufgegriffenen und behandelten Themen.

Dazu gehört zum Beispiel das Thema Urheberrechtsverletzungen.

Zum Weltverbrauchertag 2012 hatte die Verbraucherzentrale unter dem Motto „Unbedacht Klick gemacht“ landesweit über die Folgen eines unüberlegten Klicks auf Tauschbörsenangebote informiert.

Weitere Aktivitäten und Schwerpunkte in diesem Bereich waren zum Beispiel Abmahnungen von Telekommunikationsunternehmen, die mit Flatrate-Tarifen geworben haben, die aber real Beschränkungen beinhalteten; die Information und Beratung über die Button-Lösung im E-Commerce, über die Sicherheit in sozialen Netzwerken sowie über die Novellierung des Telekommunikationsgesetzes.

Man kann bei dieser äußerst umfangreichen Beantwortung wirklich nur einen Schwerpunkt setzen; das habe ich getan. Ich denke, wir haben uns mit den Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen für die Verbraucherzentrale sehr gut für die nordrhein-westfälischen Verbraucherinnen und Verbraucher eingesetzt und das Wesentliche für sie getan. Das ist gut eingesetztes Geld gewesen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin Blask. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Schulze Föcking.

**Christina Schulze Föcking (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unabhängig vom Inhalt danke ich auch namens der CDU-Landtagsfraktion allen, die an der Beantwortung der zahlreichen Fragen beteiligt waren.

Eines ist ganz klar: Das Internet des Jahres 2014 ist definitiv den Kinderschuhen entwachsen. Es ist aus

unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken und für viele Menschen eine Selbstverständlichkeit. 20 durchschnittliche Haushalte produzieren heute so viele Daten wie das gesamte Internet im Jahre 1995. Gerade weil das Internet Bestandteil unseres täglichen Lebens ist, müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir diese virtuelle Welt mit unserer realen in Einklang bringen können.

Selbstverständlich kommt es auch auf die Eigenverantwortung der Nutzerinnen und Nutzer an. Die zahlreichen Aktivitäten der Verbraucherzentrale und anderer Mittler unterstützen die User dabei. Diese Unterstützung ist auch bitter nötig. Denn ebenso unübersichtlich wie das Internet selbst sind die Herausforderungen, die daraus entstehen. Wir begrüßen daher das breite Engagement der Verbraucherzentralen, der Landesmedienanstalt und vieler anderer Akteure in diesem Bereich.

Im Internet wird viel Geld verdient, und es wird ein großer Aufwand betrieben, um an das Geld der Nutzerinnen und Nutzer zu kommen. Allein die Firma Samsung hatte 2012 einen Werbeetat von 401 Millionen \$. Apple investiert 333 Millionen \$, um seine Geräte und Dienste zu vermarkten. Gestern Abend kam über den Ticker: Facebook zahlt für WhatsApp 19 Milliarden €.

Schaut man sich dagegen die 20-Millionen-€-Förderung für unsere Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen an, so wird schnell klar: Hier wird ein ungleicher Kampf geführt. Die Verbraucherzentralen tun, was in ihren Möglichkeiten steht, und ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich dafür.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Aber auch wenn der Kampf ungleich scheint, sollten wir nicht in unseren Anstrengungen nachlassen. Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher sind wichtig und für uns nicht verhandelbar.

(Beifall von der CDU)

Wir müssen aber aufpassen, nicht an denen, die wir erreichen wollen, vorbeizuarbeiten. Das YouTube-Video der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen „Geschäft gegen illegale Downloads“ beispielsweise wurde in einem Jahr 228-mal heruntergeladen, das Video „Finanzkompetenzen in der Schule“, eingestellt vor sieben Monaten, 224-mal, das Video „Was kostet ein Pferd?“, eingestellt vor zwei Monaten, über 8.105-mal. Es kommt nicht auf die Fülle der Maßnahmen, sondern auf die Zielgenauigkeit an.

(Zuruf von Michele Marsching [PIRATEN])

Abgesehen davon sprechen wir so selbstverständlich vom Internet, als wären wir überall in NRW nur einen einzigen Klick davon entfernt. Um die Möglichkeiten des Netzes jedoch wirklich nutzen und ausschöpfen zu können, bedarf es entsprechender Kapazitäten.

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

An dieser Stelle will ich gerne einmal festhalten, dass wir in Nordrhein-Westfalen mit dem Breitbandausbau sehr weit hinterherhinken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Während etwa in Bayern 2 Milliarden € bis 2017 in den Breitbandausbau gesteckt werden, sind es bei uns lediglich 9 Millionen € pro Jahr. Während Bayern aufgrund seiner guten Finanzpolitik aus dem Vollen schöpft und seinen Vorsprung vergrößert, haben die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen das Nachsehen.

Das Internet ist aber seit Jahren auf Höhenflug. Immer mehr Menschen sind online; immer mehr Waren werden über das Netz verkauft, immer mehr Informationen global ausgetauscht. 78 % der Deutschen nutzen regelmäßig das Internet.

Und die Landesregierung schreibt in dieser Großen Anfrage allen Ernstes, dass sie die Relevanz des Themas erkannt hat und gerade eine Organisationseinheit „Digitale Gesellschaft“ im Europaministerium die Arbeit aufgenommen hat. – Wunderbar. 78 % der Deutschen sind da deutlich weiter.

(Beifall von der CDU)

Man darf daher sehr gespannt sein, wie die Landesregierung ihre angekündigte Strategie „Open.NRW“ umsetzt.

Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe. Viele Fachressorts sind zuständig – Länderkompetenzen –, aber im Wesentlichen sind die Kompetenzen des Bundes betroffen. CDU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag auf Bundesebene ambitionierte Ziele formuliert. Wir wollen einen zügigen Abschluss der EU-Datenschutzverordnung.

Wir in Nordrhein-Westfalen müssen sehr genau klären, an welcher Stelle wir als Land konstruktiv tätig werden können, um diese Politik sinnvoll zu ergänzen. Das, was wir landesrechtlich unterstützend tun können, sollten wir auch tun. Wir sind gut beraten, in dieser Frage an einem Strang zu ziehen. Das sind wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern in diesem Land schuldig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze Föcking. – Für die FDP spricht Kollege Höne.

**Henning Höne (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Es ist schon bemerkenswert, dass die grüne Landtagsfraktion mit der vorliegenden Großen Anfrage

einen federführend grünen Minister nach seiner Meinung zum Verbraucherschutz im Netz befragt. Da liegt der Verdacht nahe, dass man sich gerne gegenseitig die entsprechende grüne Welt skizziert und bestätigt.

(Beifall von der FDP – Lachen von den GRÜNEN)

Deswegen lohnt es sich, die vorliegende Antwort besonders kritisch anzuschauen.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Das ist aber ganz tief in die Trickkiste gegriffen!)

Denn grundsätzlich, lieber Kollege Matthi Bolte, hat die grüne Fraktion mit dieser Großen Anfrage eine Thematik von sehr großer Bedeutung und sehr großer Relevanz aufgeworfen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dafür – das sage ich ganz deutlich – sind wir dankbar. Dem Dank an den Minister, das Haus, die Beteiligten für die Beantwortung möchte ich mich anschließen, auch wenn wir nicht die Fragesteller waren. Unabhängig davon, ob man mit allem übereinstimmt oder nicht, ist die Antwort mit 125 Seiten ein großes Werk und eine gute Grundlage für die weitere parlamentarische Arbeit.

(Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, immer mehr Bereiche unseres Lebens – das haben die Vorredner schon gesagt – finden nicht nur offline, sondern eben auch online statt: mehr Information und Kommunikation, Diskussion, Partizipation und – das ist auch ein wichtiger Punkt – immer mehr wirtschaftliche Transaktionen. Diese Entwicklungen gibt es auch nicht erst seit gestern. Umso erschreckender ist es, wenn das für manche aktiven Politiker noch immer Neuland ist.

Wenn zum Beispiel immer mehr Einkäufe im Internet stattfinden, muss die Politik dafür sorgen, dass die im analogen Geschäft völlig selbstverständlich geltenden Verbraucherrechte angemessen in die digitale Welt übertragen werden. Hiervon sind wir – ich glaube, da besteht Einigkeit – noch ein Stück weit entfernt. Verbraucherschutzminister Rimmel und die Politik auf allen Ebenen müssen hier noch Hausaufgaben erledigen.

Es stellt aber eine große Herausforderung dar – und das gilt es anzuerkennen –, im politischen Betrieb mit der Geschwindigkeit mitzuhalten, die die Entwicklungen im Internet mit sich bringen. Umso wichtiger ist es darum aus unserer Sicht, verstärkt auf Verbraucheraufklärung und -information zu setzen. Das ist ein sehr großer Hebel, mit dem wir ein Stück weit der Herausforderungen der Geschwindigkeit der Weiterentwicklung des Internets Herr werden können.

Da will ich mich ganz ausdrücklich dem Lob der Vorredner für unsere Verbraucherzentralen an-

schließen. Es gibt dort sehr viele tolle Projekte und eine sehr starke Arbeit. Es ist gut, dass wir parteiübergreifend so stark dahinterstehen.

Wir haben bei der Balance der Mittel durchaus Differenzen, auch wenn wir bei den Zielen wahrscheinlich sehr nah beieinanderliegen. Ich finde es sehr bedauerlich, dass die Landesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage öfters ein recht pessimistisches Verbraucherbild zeichnet, das unterschiedlicher als unser Verbraucherbild nicht sein könnte. Leider geht die Landesregierung zu häufig von einem Verbraucher aus, der vor allem schutzbedürftig ist.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Darum heißt das „Verbraucherschutz“! – Daniel Düngel [PIRATEN]: Richtig!)

Wir können den Menschen doch nicht jederzeit einen Lebenswegweiser an die Seite stellen. Wir müssen doch darauf hinarbeiten, dass wir selbstbewusste, eigenbestimmte, mündige Verbraucher haben. Das sollten wir stärken. Das meine ich mit dem präventiven Hebel der Verbraucherinformation.

(Beifall von der FDP und Frank Herrmann [PIRATEN])

Sehr geehrte Damen und Herren, wir dürfen darum nicht suggerieren, dass wir einen vollkommenen Schutz durch Regulierung und durch Regeln bieten können. Absolute Sicherheit gibt es leider nicht – weder analog noch digital. So ehrlich müssen wir an dieser Stelle sein.

Aber das ist kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Da muss man nicht resignieren. Dieses Erkenntnis muss aber dazu führen, dass wir beim Verbraucherschutz zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Transparenz, Aufklärung, Unterstützung und Eigenverantwortung kommen. Ich finde, wir können und wir sollten den Verbrauchern da mehr zutrauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sagte gerade: Beim Ziel sind wir uns oft einig. Über den Weg dahin streiten wir. Lassen Sie mich dazu einige Punkte ansprechen.

Beispielsweise wollen wir Transparenz. Wir wollen aber keine Transparenz, die zum öffentlichen Pranger führt. Das Thema „Lebensmittelhygieneampel“ ist gerade schon angesprochen worden.

Warum unterhalten wir uns nicht darüber, wie wir insbesondere Folgeproben und Folgekontrollen nach Beanstandungen überprüfen können? Warum unterhalten wir uns nicht über die Frage eines Hygieneführerscheins?

Präventiv ist also zu fragen: Wie sind die Leute eigentlich ausgebildet, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen? Erschreckend ist in meinen Augen, dass eine Fahrradprüfung für Schülerinnen und Schüler an der Grundschule einen ähnlichen Auf-

wand mit sich bringt wie ein Hygieneführerschein, um mit Lebensmitteln zu hantieren.

Es wäre wirklich an der Zeit, dass sich die Landesregierung an dieser Stelle stärker um eine Bundesratsinitiative bemüht. Das wäre unserer Meinung nach effektiver Verbraucherschutz.

(Beifall von der FDP)

Wir glauben aber auch, dass an einigen Stellen Reden und Handeln bzw. – in diesem Zusammenhang – Antworten und Handeln bei der Landesregierung nicht zusammenpassen. Drei Beispiele dafür will ich Ihnen gerne nennen.

Erstens: Breitbandausbau. Sie betonen in der Anfrage die Relevanz des Ausbaus der flächendeckenden Breitbandinfrastruktur. So weit einverstanden! Auch da herrscht, glaube ich, Einigkeit. Aber – die Kollegin Schulze Föcking hatte es gerade schon gesagt – bis auf ein paar warme Worte ist da wenig passiert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es gab einen Antrag der Oppositionsfraktionen, der darauf abzielte, europäische Fördermittel auch für den Breitbandausbau besser zu nutzen. Der wurde von den Koalitionsfraktionen leider abgelehnt. Alternative Ideen aus Ihren Reihen haben wir bislang leider nicht wahrgenommen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweitens. Die Landesregierung beklagt völlig zu Recht den Zugriff der NSA und weiterer Geheimdienste auf die Daten unserer Bürger. Da bin ich ganz bei Ihnen. Das ist ein Skandal, den wir wohl noch längere Zeit aufarbeiten müssen.

Auf Bundesebene allerdings wird von der SPD die Einführung einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung zumindest hingenommen, wohl eher forciert. Ich darf an die Debatte und die namentliche Abstimmung erinnern, die wir hierzu im November des letzten Jahres hatten.

Damit sind Sie, obwohl Sie die NSA kritisieren, mitverantwortlich für eine der größten Gefahren für einen effektiven Verbraucher- und Datenschutz unserer Zeit. Ihr Reden und Ihr Handeln klaffen an dieser Stelle leider auseinander.

(Beifall von der FDP)

Drittens. Die Landesregierung weist auf die besondere Bedeutung der Ausbildung der Medienkompetenz hin. Das ist eigentlich sehr gut, denn das ist ein solcher präventiver Ansatz, wie ich ihn eben genannt hatte. Dabei spielt die Landesanstalt für Medien sicherlich eine besondere Rolle.

Die Landesregierung sollte die LfM dann aber auch in Ruhe ihre Arbeit machen lassen, damit die Medienkompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt werden kann.

Stattdessen – so steht es im Entwurf für die Novelle des Landesmediengesetzes – soll es die Stiftung „Vielfalt und Partizipation“ geben, die finanziert werden soll. Die Konsequenz – so ist ja zumindest zu befürchten – ist ja, dass dann Projekte für mehr Medienkompetenz entsprechend zurückstecken müssten.

Das Thema der Großen Anfrage ist aktuell, es ist sehr wichtig, es ist ein Querschnittsthema. Hier gibt es noch viel zu tun, sowohl für den Landtag als auch für die Landesregierung und für die Politik auf den anderen Ebenen.

Dass sich die Grünen jetzt mit dieser Großen Anfrage selber und gegenseitig gute Arbeit bescheinigen, ändert daran nichts. Sich selbst auf die Schultern zu klopfen, ist aber auch noch nicht ausreichend für die Verbesserung des Verbraucherschutzes im Internet.

Ich freue mich auf die kommende Arbeit in den zuständigen Ausschüssen und die Entwicklung weiterer effektiver Maßnahmen.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kollege Höne. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Herrmann.

**Frank Herrmann (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer zu Hause und im Stream! Der Verbraucherschutz im Internet ist eine wichtige Aufgabe; der Verbraucherschutz in der Offline-Welt auch. Verbraucherschutz ist grundsätzlich wichtig; da gibt es keinen Unterschied zwischen on- und offline.

Ich finde es zunächst einmal positiv, dass sich die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen die Mühe gemacht haben, die Große Anfrage zu stellen, ebenso, dass sich die Landesregierung die Mühe gemacht hat, diese so umfassend in einem 125-Seiten-Werk zu beantworten.

Dennoch ist es eigenartig – Herr Höne hat eben schon darauf angespielt –, wenn eine Regierungsfraktion quasi die eigene Landesregierung fragt, wie toll diese Landesregierung doch ihre Aufgaben zum Verbraucherschutz im Internet wahrnimmt. Da müssen die Warnlampen angehen.

(Beifall von den PIRATEN, von der CDU und der FDP – Zuruf von der FDP: Merkwürdig! – Zurufe von den GRÜNEN)

Ein Beispiel: Da wird ein E-Mail-System mit eingebauter Behördenmitschnittstelle – ich meine damit De-Mail – einfach mal als „sicher“ bezeichnet. Die butterweiche Fragestellung ermöglicht der Landesregierung problemlos, die bisherigen Prospektausagen zum Behördenprodukt De-Mail zu wiederholen.

Ein anderer Punkt: Medienkompetenz. Dieses Wort kommt sage und schreibe auf den 125 Seiten der Antwort der Landesregierung 141-mal vor. 141-mal das Wort „Medienkompetenz“ – aber keine Aussage dazu, dass heute noch immer Menschen ihre Lehrerausbildung abschließen können, ohne belegt haben zu müssen, dass sie Medienkompetenz überhaupt vermitteln können. 141-mal das Wort „Medienkompetenz“, aber keine Verankerung dieses Themas in den Lehrplänen der Schulen!

Sie schreiben, man sollte in den Kitas anfangen mit der Vermittlung von Medienkompetenz. Das ist gut. Aber wer soll das Wissen dort vermitteln? Es kennt sich doch niemand aus. Den Betreuern dort per Wochenendseminar die Befähigung zu vermitteln, Medienkompetenz zu lehren, das funktioniert nicht.

Ich sehe hier in der Antwort zur Großen Anfrage in erster Linie eine Bankrotterklärung und eine Kapitulation vor dem Thema, und das 141-mal.

Dabei ist Medienkompetenz der Kern- und Knackpunkt des Verbraucherschutzes im Internet. Gesetzliche Regulierungen, erst recht auf Landesebene, haben eben nur sehr begrenzt Wirkung. Das Internet hat keine Grenzen, und das ist auch gut so.

Unserer Überzeugung nach ist der Weg der Aufklärung und Befähigung der Menschen, mit den Anforderungen der Internetnutzung umzugehen, der richtige Weg. Dies beinhaltet auch Wissensvermittlung, wie man sich am besten schützt, auch vor Betrug und Datendiebstahl.

Bei der Antwort auf die Frage 183 zum Beispiel sagt die Landesregierung, dass sie technischen Schutzlösungen, zum Beispiel datenschützenden Browser-Add-ons, skeptisch gegenübersteht, da die technischen Verständnis erfordern. Aber genau darum geht es doch bei der Vermittlung von Medienkompetenz! Sie können doch nicht auf der einen Seite sagen, dass Sie Wert auf die Vermittlung von Medienkompetenz legen, und auf der anderen Seite annehmen, dass die Leute damit überfordert sind, ein einfaches Browser-Add-on zu installieren. So unfähig sind die Menschen in unserem Land nicht.

(Beifall von den PIRATEN)

Zum zweiten Teil des Titels Ihrer Großen Anfrage – „Freiheit des Internets sichern“ – habe ich leider weder eine Frage noch eine Antwort gefunden. Hier noch mal eine klare Aussage zum Verzicht auf die Vorratsdatenspeicherung oder ein paar Vorschläge, wie mit der andauernden Überwachung umzugehen ist, hätte ich schon erwartet. Leider Fehlanzeige!

Ich möchte es mit der Kommentierung der Großen Anfrage an dieser Stelle bewenden lassen. Ich sehe viele Aufgaben vor uns liegen, um den Verbrauchern und letztlich allen Bürgern die Fähigkeit zu vermitteln, mit den Risiken des Internets umzugehen und die Chancen unserer digitalisierenden Ge-

sellschaft zu nutzen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Remmel.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich den Dank von allen Fraktionen auch wieder mit Dank annehmen. Das mache ich sehr gerne. Ich würde ihn aber nicht nur an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses weitergeben. An der Beantwortung dieser Anfrage waren ja auch viele andere Häuser der Landesregierung – vom Europaministerium über das Innenministerium bis hin zum Justizministerium – beteiligt.

Das macht deutlich, wie vielschichtig und wie breit das Thema „Verbraucherschutz im Internet“ aufgestellt ist und aufgestellt sein muss, um wirksame Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher auf den Weg zu bringen.

Der Titel der Großen Anfrage macht schon deutlich, worum es geht. Die zwei großen Schwerpunkte sind zum einen der Schutz vor Gefahren – also die klassische Aufgabe des Staates, des Gemeinwesens – und zum anderen die Wahrung von Freiheitsrechten. Beides ist, glaube ich, handlungsleitend und zugleich ein Auftrag für zukünftige Anstrengungen.

Es geht nicht nur um Schutz vor kriminellen Angriffen oder strafbaren Handlungen. Häufig haben wir es mit Abzockermachenschaften zu tun, die sich am Rande der Legalität bewegen. Beispiele sind die Abo-Fallen im Internet, in die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Vergangenheit häufig getappt sind.

Herr Höne, dann ist es eben doch wichtig, hier eine gesetzgeberische Maßnahme zu treffen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich denke, mit unserer Forderung nach der Button-Lösung haben wir für Abhilfe gesorgt. So ist klar geregelt, dass ein Vertrag nur dann gültig ist, wenn genau dieses große Segment angeklickt wird. Damit ist dann für alle Seiten klar: Hier ist ein Vertrag geschlossen worden.

Die rückläufigen Beschwerdezahlen bei der Verbraucherzentrale bestätigen, dass das der richtige Weg ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine besonders ärgerliche Abzockermethode sind die missbräuchlichen Abmahnungen wegen Urheberrechtsverletzungen. Es kann nicht sein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher an den Rand des finanziel-

len Ruins getrieben werden, weil sie einmal einen falschen Klick im Netz gemacht haben.

Die Landesregierung hat bereits Anfang 2013 im Rahmen einer Bundesratsinitiative auf den gesetzgeberischen Handlungsbedarf hingewiesen. Der Bundestag hat inzwischen reagiert. Ich bin nicht sicher, ob das ausreichend ist. Ich hätte mir hier eine stringenter Lösung für die Verbraucherinnen und Verbraucher gewünscht.

Es ist von Ihnen allen schon angesprochen worden: Ich kann mich dem nur anschließen und dafür werben, dass diese breite politische Unterstützung auch dauerhaft erhalten bleibt und vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch verstärkt wird. Verbraucherschutz braucht Beratung, und Beratung braucht Menschen und Institutionen.

Ich glaube, wir können uns in Nordrhein-Westfalen jeweils wechselseitig auf die Schulter klopfen, dass wir hier eine solch gut aufgestellte Landschaft von Verbraucherzentralen haben, die auch noch weiterentwickelt wird. Drei neue Verbraucherzentralen sollen dazukommen. Was diesen Bereich angeht, sind wir bundesweit einzigartig – Verbraucherschutzland Nummer eins. Das ist auch dringend notwendig, denn es geht um gleiche Augenhöhe. Um am Markt, auch im Internet, gleichberechtigt teilnehmen zu können, ist es wichtig, dass einem Menschen zur Seite stehen, die einen beraten, wenn es schwierig wird.

„Medienkompetenz“ ist ein weiteres Stichwort, gerade unter dem Vorzeichen des demografischen Wandels. Insbesondere ältere Menschen sind vor den Gefahren im Internet nicht sicher. Sie sollen und müssen fit gemacht werden. Auch dazu hat die Landesregierung einiges auf den Weg gebracht, beispielsweise virtuelle Stammtische, mit dem Ziel, ältere Internetnutzer fit zu machen und besser vorzubereiten.

Lassen Sie mich jetzt zu dem zweiten wesentlichen Punkt kommen, der in der Großen Anfrage thematisiert wird: die Freiheit im Internet. Hier kommt es aus meiner Sicht entschieden darauf an, die eigenen Daten und damit auch die Privatsphäre jeweils wirksam zu schützen.

Zur Durchsetzung der Datenschutzrechte brauchen Verbraucherinnen und Verbraucher starke Partner an ihrer Seite. Deshalb – das wäre vielleicht auch eine gemeinsame Initiative, die aus dem Landtag unterstützt werden könnte – begrüße ich die Ankündigung des neuen Verbraucherministers auf Bundesebene, Herrn Maas, Verbraucherverbänden zukünftig ein umfassendes Klagerecht bei Verstößen gegen Datenschutzvorschriften einzuräumen.

Hier wird gleiche Augenhöhe hergestellt. Ich bin gespannt auf den Regierungsentwurf, der für April 2014 angekündigt ist. Das wäre die nächste Gelegenheit, das, was in der Großen Anfrage themati-

siert worden ist, in der Praxis umzusetzen und zu unterstützen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu der Diskussion um den Breitbandausbau, der im Hinblick auf die Notwendigkeit wohl von keinem hier im Saal bestritten wird.

Allerdings muss ich wiederholt die Frage zurückgeben: Wie soll es denn bezahlt werden? Es ist eine keine Landesaufgabe; es ist eine freiwillige Aufgabe.

Damit sind Sie heute Morgen schon bei der Inklusion aufgefallen: Sie fordern mehr Ausgaben, sie fordern mehr Geld, ohne zu sagen, wo das Geld herkommen soll. Wir haben nicht das Portefeuille, das andere Bundesländer, beispielsweise Bayern, an dieser Stelle öffnen können.

Zur Ehrlichkeit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, gehört auch, auf die eigenen Versäumnisse in diesem Zusammenhang hinzuweisen. 2009 gab es in diesem Land nämlich die Gelegenheit, über die Benennung von weißen Flecken in Sachen LTE-Ausbau den Breitbandausbau so zu lenken, dass erst der ländliche Raum zum Zuge kommt und danach die Städte. Das haben Sie versäumt, denn Sie haben die weißen Flecken nicht gemeldet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sei's drum, aber das gehört zur Wahrheit, wenn wir darüber reden, wie wir das Ganze in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen.

Man kann in der Tat darüber reden und muss es vielleicht auch tun, ob wir hier zusätzliches Geld in die Hand nehmen müssen, um eine Infrastrukturinvestition auf den Weg zu bringen, deren Notwendigkeit wohl keiner bestreitet.

In diesem Sinne: Danke für die Anregungen! Ich hoffe auf fruchtbare Erledigung der Tagesordnung, die mit der Großen Anfrage auch noch um verschiedene Punkte erweitert worden ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Nun spricht für die SPD-Fraktion die Kollegin Steinmann.

**Lisa Steinmann<sup>\*)</sup>** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen hier im Saal und hoffentlich noch im Stream! Denn um Sie alle geht es.

Es ist vieles gesagt worden; die Frage ist, was bleibt. Doch im Verlauf der Debatte sind mir noch einige Punkte aufgestoßen, zu denen ich als Medientopologin noch den zweiten Begriff, nämlich das



Thema „Verbraucherschutz im Internet“, nach vorne bringen und auch die Perspektive aus dem zweiten Haus, das diese Anfrage im Wesentlichen inhaltlich mitverantwortet, beleuchten möchte.

Zunächst auch von meiner Seite herzlichen Dank an die Landesregierung! Die Antwort auf die Große Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen – Matthi Bolte hat es beschrieben – stellt die Vielfalt der Institutionen dar, die an dem Thema „Verbraucherschutz“ arbeiten und forschen und zeigt auf, wie unterschiedlich die Herausforderungen in puncto Medienkompetenz sind. Sie geben uns mit Ihrer Antwort einen Überblick. Vor allem erkennen Sie den Stellenwert von Netzpolitik im politischen Kontext und auch die Relevanz in allen Bereichen an: in puncto Verbraucherschutz genauso wie in puncto Bildung usw.

Meine Kollegin Inge Blask hat bereits einige Facetten und die besonderen Herausforderungen aus Sicht der Verbraucherschützerinnen genannt, den Kaufbutton, das Mobile Payment, E-Commerce.

Kurzum, Herr Remmel: Die Förderung von Verbraucherzentralen und das geplante Mehr an Beratungsstellen sind gut und wichtig. NRW ist in diesem Punkt gut aufgestellt.

Als Medienpolitikerin möchte ich aber noch kurz ergänzen: Dem Schutz der Anwender ist vor allen Dingen zur Seite zu stellen die Ausbildung und Stärkung der Medienkompetenz. Frau Schulze Föcking ruft nach Eigenverantwortlichkeit. Nur, die Eigenverantwortlichkeit bedarf auch einer Grundvoraussetzung, nämlich der Kompetenz, des Verständnisses.

Die Förderung und der Ausbau medienpädagogischer Projekte sind Grundlage. Wir wollen diese flächendeckend vorantreiben. Denn auch das Internet kennt nicht die Unterscheidung zwischen Großstadt und ländlichem Raum und bietet eigentlich gerade auch hier große Chancen.

Wenn Sie, Herr Höne und Frau Schulze Föcking, von dem Breitbandausbau sprechen: Da sind wir, glaube ich, ganz nahe beieinander; da wünschen wir uns mehr. Aber ob die Phishing-Mail sie im Breitband oder auf langsamem Wege erreicht: Der Radar ist für alle Beteiligten und alle Opfer gleichwohl zielführend.

In puncto Medienkompetenz noch eine Ergänzung zu den Ausführungen von Matthi Bolte, der betont hat: Die Ausbildung der Medienkompetenz betrifft alle Generationen; Kinder und Jugend müssen hier gefördert werden; auch die Eltern müssen mit ihren Ängsten aufgefangen werden und die Generation U 50. Wichtig ist aber auch, den Zugang zu Medien und die Befähigung im Umgang mit Medien unabhängig zu sehen von sozialer Stellung.

Die Pluspunkte der Landesregierung für die eigene Arbeit sind uns aufgefallen, das Bekenntnis, alle Da-

ten und Informationen, die für den Verbraucher relevant sind, nach Open-Data-Kriterien zu veröffentlichen und dabei vor allem die technischen Anwendungen und Lizenzen zu nutzen, die zur Weiterverwendung dienlich sind. Das ist Teil unserer Open-Government-Strategie für mehr Mitbestimmung und Nachvollziehbarkeit.

Meine Damen und Herren, wir haben zahlreiche Elemente geschaffen, mit denen wir NRW bedeutsam machen. Hier sei noch mal der Medienpass genannt, aber auch die Vernetzung und Erforschung des Themas am Beispiel Medienkompetenz und dort die Zusammenarbeit von LfM und Grimme.

Meine Damen und Herren, ich denke, ich muss dem nicht viel hinzufügen. Die vorliegende Antwort auf die Große Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen gibt uns meines Erachtens einen guten Überblick und gutes Futter, aus dem wir noch zahlreiche parlamentarische Initiativen ableiten können. Das heißt, das Thema „Netzpolitik“ als Querschnittsaufgabe wird uns weiterhin maßgeblich treiben und antreiben.

Ein frohes und buntes Treiben wünsche ich Ihnen für die nächsten zwei Wochen, der sitzungsfreien Zeit: mit ein bisschen Helau und viel Alaaf. In diesem Sinne ein schönes Wochenende und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Steinmann. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Thorsten Schick.

**Thorsten Schick**<sup>3)</sup> (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage enthält durchaus einige Informationen, die für unsere Arbeit wichtig sind. Allerdings werden andere Themen nur gestreift oder spielen eine untergeordnete Rolle, die für die Verbraucherinnen und Verbraucher aber von großer Bedeutung sind.

Ich nenne hier den Bereich „Big Data“. Hier werden Daten analysiert, ausgewertet und gespeichert. Nur um diese Dimension einmal deutlich zu machen: Heute werden alle zehn Minuten so viele Daten gespeichert, wie sie die gesamte Menschheit im Laufe ihrer Geschichte bis in die 80er- Jahre hinein aufgezeichnet hat.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, diese Datenmengen entstehen nicht durch unsere E-Mails, Fotos oder sonstigen Daten, die wir produzieren, sondern sie entstehen durch die Datensammlungen von Suchmaschinen von Versicherungen oder Behörden, die Daten aufarbeiten und sammeln.

Dieser Trend ist nicht aufzuhalten. Daten sind einer der wichtigsten Rohstoffe der Zukunft. So sehen es

zumindest viele Unternehmen, die sich davon attraktive Geschäftsfelder erhoffen. Was mich immer ein bisschen betroffen macht, ist die Goldgräberstimmung, die da auszubrechen scheint. Goldgräberstimmung steht nicht unbedingt für hohe Moral. Deshalb sind wir hier besonders gefordert. Wichtig ist, immer deutlich zu machen, welche Chancen und welche Risiken mit dem Sammeln von Daten verbunden sind.

Wenn man sich anschaut, was in England und den USA beispielsweise beim Thema „Innere Sicherheit“ passiert, dann stellt man fest, dass dort Daten gesammelt und analysiert werden. Mithilfe von Logarithmen kann man dann ausrechnen, zu welchem Zeitpunkt eine bestimmte Straftat an einem bestimmten Ort hoch wahrscheinlich ist. In Memphis und Manchester werden Polizeieinsätze längst nach diesem Verfahren koordiniert. Die Resultate sind bestechend. Die Aufklärungsquote geht rauf, die Quote der Straftaten geht runter.

Ein weiterer positiver Effekt lässt sich für den Bereich der Medizin erkennen. Wenn über einen längeren Zeitraum Gesundheitsdaten kontinuierlich eingespeist und hinterher ausgewertet werden, ist schon lange Zeit im Voraus erkennbar, welche gesundheitlichen Risiken in einigen Jahren auftreten.

Aber ich sagte, es gibt genauso gut Risiken. Wir müssen uns nur das Beispiel der SCHUFA vor Augen führen. Es gibt einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Ausfall eines Kredites und der Nachfrage einer bestimmten Person nach der eigenen SCHUFA-Auskunft.

Das ist zwar valide. Andererseits hat aber jede Person das Recht, eine Schufa-Auskunft über sich einzuholen. Wenn das hinterher dazu führt, dass die eigene Bewertung bei der Schufa sinkt und in der Folge Kredite für diese Person teurer werden, dann ist das ein Missstand, den ich anprangern möchte.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Wir können uns die Risiken natürlich immer wieder vor Augen führen. Dem Sammeln von Daten können wir aber nur begrenzt Einhalt gebieten. Selbstverständlich ist Google in der Lage, allein anhand unseres Tippverhaltens festzustellen, ob wir gerade sitzen, gehen oder beispielsweise im Bett liegen. Die entsprechenden Logarithmen liefern dafür zuverlässige Wahrscheinlichkeiten. Auch Tippgeschwindigkeit und Tippfehler liefern sehr viele Informationen über die Verbraucher.

Fazit: Wir können den Trend nicht aufhalten. Deshalb müssen wir rechtliche Rahmenbedingungen setzen.

Ich habe gerade die Chancen angesprochen. Herr Rimmel, jetzt komme ich zu dem Punkt, den Sie gerade wegzuwischen versucht haben. Ich kann Sie da aber nicht aus der Verantwortung entlassen. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass alle

Menschen entsprechend schnell angebunden sind. Das gilt gerade für den ländlichen und den kleinstädtischen Bereich.

(Beifall von der CDU)

Herr Rimmel, Sie haben die Frage gestellt, was wir tun würden. Piraten, FDP und CDU haben den Antrag gestellt, EFRE-Mittel dort für den Breitbandausbau zu verwenden. Diesen Antrag haben die Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt. Insofern liegen hier doch entsprechende Vorschläge vor.

Ich sage Ihnen noch ein Zweites, Herr Rimmel. Sie brauchen einen entsprechenden Masterplan. In anderen Bundesländern gibt es so etwas. Dort existieren Pläne, wie man Leerrohre verlegt. Ferner gibt es dort ein Aufbruchmanagement. Alles das müssen Sie noch leisten. Das tun Sie nicht. Man kann Geld haben und dann den Breitbandausbau voranbringen. Man kann aber auch Ideen haben. Das Schlimme ist, dass Sie weder Geld noch Ideen haben. Deswegen stockt es an dieser Stelle ganz gewaltig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben hier den Hinweis auf LTE für den ländlichen Raum gegeben. Das mag für eine Übergangszeit eine ganz charmante Lösung sein. Jedem ist aber bekannt, dass LTE auf Dauer nicht die Datenvolumina in den ländlichen Raum bringen wird, die dort abgerufen werden.

Von dieser Warte aus ist das Thema „Breitbandausbau“ ein ganz dicker Bock, den Sie in Ihrer politischen Arbeit geschossen haben.

Ich nenne Ihnen noch einen weiteren Punkt. In der Beantwortung der Großen Anfrage wird breit ausgeführt, was die Landesanstalt für Medien alles an Medienkompetenzprojekten und an Aufklärungsarbeit für eine sichere und kompetente Nutzung des Internets leistet. Gleichzeitig wird heute darüber diskutiert, dass die Landesregierung den Griff in die Kasse der Landesanstalt für Medien plant. 1,6 Millionen € sollen dort für ein Stiftungsprojekt herausgenommen werden und dann der LfM nicht mehr zur Verfügung stehen.

Insofern hätte ich gerne gewusst: Wie stehen Sie denn zu diesem Stiftungsprojekt? Schließlich stehen diese Gelder hinterher nicht mehr für einzelne Projekte zur Verfügung, um etwa die Medienkompetenz von Jugendlichen und anderen Menschen zu fördern.

Das bedeutet zum Beispiel weniger Geld für die Initiative Eltern+Medien. Diese Initiative hat in der Vergangenheit kostenfreie Elternabende organisiert, an denen Eltern teilnehmen, die unsicher sind, was ihre Kinder im Internet machen, und dann unter fachlicher Beratung erfahren, wie sie sich verhalten können. Das ist in Zukunft infrage gestellt. Genauso sind das Projekt Medienscouts NRW und das Medienkompetenz-Netzwerk NRW infrage gestellt.

Auch bei den Publikationen, die die LfM bisher in großem Maße herausgegeben hat, ist fraglich, ob sie weiter in dieser Form aufgelegt werden können. Das sind Publikationen wie „Das Netz vergisst nichts!“ oder die Infos zum Datenschutz für Jugendliche.

Daher bin ich der Fraktion der Grünen dankbar dafür, dass sie diese Große Anfrage gestellt hat; denn es wird klar, dass die digitale Entwicklung unter Ihnen als Verbraucherschutzminister in denkbar schlechten Händen ist. Diese Diskussion hat meines Erachtens deutlich gemacht, dass Ihre Achillesferse dort offenliegt und Sie ganz dringend nacharbeiten müssen. Das haben die Verbraucher in Nordrhein-Westfalen verdient.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Schick. – Nun spricht für die grüne Fraktion noch einmal Herr Bolte.

**Matthi Bolte (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Inhaltlich haben wir unterschiedliche Punkte ausgetauscht. Was mich jedoch dazu bewogen hat, hier noch einmal nach vorne zu gehen, war die Einlassung des Kollegen Herrmann nach dem Motto: In dem Moment, in dem man einer regierungstragenden Fraktion angehört, darf man hier keine Anfragen stellen. – Kollege Herrmann, ich frage mich wirklich: Was um alles in der Welt ist das für ein Parlamentsverständnis?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich gebe doch nicht meine Parlamentarierrechte in dem Moment ab, in dem Regierungsmitglieder meiner Partei angehören. Also wirklich! Das kann man im Übrigen bei allen Philosophen nachlesen, die sich mit Gewaltenteilung beschäftigt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich jetzt doch noch einige inhaltliche Anmerkungen machen.

Kollege Höne, Sie haben uns unterstellt, ein pessimistisches Verbraucherbild zu haben, und bemängelt, dass wir den Verbraucher oder die Verbraucherin als schutzbedürftig ansehen. Ja, meine Güte! Deswegen heißt das doch auch Verbraucherschutz. Schauen Sie sich einmal an, was wir in Befähigung, in Aufklärung und in Kompetenzmaßnahmen investieren. Das ist eine ganze Menge. Es ist doch keine Bevormundung, wenn ich Menschen fit im Umgang mit Medien mache. Meine Güte!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das Thema „Breitband“ wurde gerade auch vom Kollegen Höne von der FDP angesprochen. Wer über Breitband spricht, sollte über Netzneutralität nicht schweigen. Ich erinnere auch an das, was Sie

in der Bundesregierung gemacht haben, als Sie versucht haben, die Drosselkom nachträglich zu legalisieren. Das ging auch überhaupt nicht. Daher sollten Sie sich an dieser Stelle nicht beschweren.

Wenn Frau Schulze Föcking sich hier für die europäische Datenschutzreform ausspricht, finde ich das wunderbar. Sie sollten das auch einmal Frau Merkel erzählen, die da seit Monaten und Jahren auf der Bremse steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Antwort auf die Große Anfrage und auch in der hier geführten Debatte ist deutlich geworden, dass wirksamer Verbraucherschutz mehrere Dimensionen hat, nämlich Schutz vor Gefahren, Wahrung von Freiheitsrechten im Internet und Befähigung der Menschen. Genau das passiert hier im Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Bolte. – Nun spricht für die Piratenfraktion noch einmal Herr Herrmann.

**Frank Herrmann (PIRATEN):** Vielen Dank! – Herr Bolte, das kann ich so natürlich nicht stehen lassen. Natürlich dürfen Sie Kleine und Große Anfragen stellen. Keine Frage!

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Danke schön!)

Ich wollte nur darauf hinweisen: Wenn man den Regierungspartner befragt, muss man natürlich ganz genau auf die Antworten schauen, die dazu kommen. Das werden wir in weiteren Beratungen sicherlich noch tun.

Zur Medienkompetenz will ich noch einmal einen Punkt zitieren, weil herausgestellt worden ist, dass Sie auf diesem Gebiet viel tun und viel gemacht haben.

Die Nummer der Frage habe ich gerade nicht, aber es steht auf Seite 118: Es geht um das Thema „Medienkompetenzvermittlung im Lehrplan“. Es steht dort unter e) Gymnasiale Oberstufe/Sozialwissenschaften:

„Die Schülerinnen und Schüler erläutern fallbezogen die Funktion der Medien in der Demokratie“.

Ich sage Ihnen: Das ist ganz großes Kino für Medienkompetenzvermittlung im Jahr 2014. Das hatte ich damals auch schon in der Schule. Das ist eine ganze Zeit her.

Ich glaube, wir sind weit davon entfernt, die digitale Welt irgendwie in den Lehrplänen abzubilden. Dazu müssen wir noch viel tun. Wir haben das gemacht und eine Bildungsoffensive 2020 beantragt, bei der wir viel in diese Richtung fordern. Damit werden wir uns in den nächsten Monaten beschäftigen.

Ich hatte es eben bereits gesagt: Wir freuen uns darauf, die Antworten weiter auseinanderzunehmen und werden die Aufgaben angehen. – Danke. Tschüss.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Herrmann. – Nun spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

**Dr. Angelica Schwall-Düren,** Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine lieben Damen und Herren Abgeordnete! Die Debatte heute hat es gezeigt: Das Thema ist sehr aktuell. Erst in der vergangenen Woche hat der Deutsche Bundestag wieder intensiv über Chancen und Risiken des Internets diskutiert, als er die Einsetzung des Ausschusses „Digitale Agenda“ beschlossen hat.

Netzpolitik ist in der Mitte des Parlaments angekommen, wie der Abgeordnete Lars Klingbeil sagte. Die Diskussion vor einer Woche machte noch einmal deutlich: Die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche. Täglich wird über neue Facetten berichtet. Perspektivisch kann es deshalb nicht ausreichen, nur tagesaktuell zu reagieren, sondern es muss Plattformen und Initiativen geben, um die digitale Welt proaktiv einen Schritt voranzudenken.

Meine Damen und Herren, die vorliegende Antwort zeigt die Rollenvielfalt, in der einzelne am Internet teilnehmen: als Konsumenten, Privatleute, Verbraucherinnen und Verbraucher, als Bürgerinnen und Bürger, als Mütter und Väter, als Lernende und Lehrende, als Arbeitnehmer und Gründer.

In den letzten Wochen und Monaten wurden schon viele intensive Debatten im Kontext von Datenschutz und IT-Sicherheit geführt. Ich möchte heute einige Aspekte aus dem großen Strauß von Themen aufgreifen, in denen wir in Nordrhein-Westfalen schon unterwegs sind.

Erstens. Netzneutralität: Über dieses netzpolitische Top-Thema wurde bereits im Ausschuss für Kultur und Medien, aber auch im Wirtschaftsausschuss intensiv diskutiert. Die Rundfunkkommission der Länder hat das Thema ebenfalls auf ihrer Agenda, da Medienvielfalt auch zukünftig unabhängig von Übertragungswegen gewährleistet sein muss. Damit leisten wir in und durch NRW einen wichtigen Beitrag, dieses kontrovers diskutierte und komplizierte Thema voranzubringen. Ich bin sehr froh, dass sich die Koalitionspartner im Bund für eine verbindliche Verankerung der Netzneutralität im Telekommunikationsgesetz aussprechen, ebenso wie wir in Nordrhein-Westfalen dies bereits 2012 in unserem Koalitionsvertrag getan haben.

Zweitens. Internationalität: Das Internet kennt keine Grenzen. Als Europa-Ministerin interessieren mich

die Aspekte der Internationalität des Internets und die Suche nach dem richtigen Ort, Maß und Zusammenspiel von Regelungen natürlich ganz besonders. Wir müssen uns dabei mit europäischen Grundsatzüberlegungen auseinandersetzen, zum Beispiel mit der brandaktuellen Mitteilung der Kommission „Internetpolitik und Internet-Governance – Europas Rolle bei der Mitgestaltung der Internet-Governance“. Wir sollten schauen, was wir im Umgang mit dem Netz von unseren europäischen Nachbarn lernen können.

Drittens. Ja, Medienkompetenz: Dass Sie diesen Begriff hunderteinundvierzigmal in der Antwort auf die Große Anfrage finden, zeugt davon, wie wichtig uns das Thema ist. Hier gibt die Antwort auf die Große Anfrage in der Tat einen breiten Überblick über die Informations- und Beratungsmöglichkeiten sowie die wichtigen Aktivitäten der LfM und des Grimme-Instituts.

Richtig ist: Vieles wäre darüber hinaus sinnvoll und auch wünschenswert. Aber hier zu behaupten, dass in Zukunft Maßnahmen beschnitten werden, ist völliger Unsinn, weil die Zusammenarbeit von LfM und Grimme verstärkt wird. Herr Schick, einfach in den Raum zu stellen, dass Angebote verschwinden werden...

(Zuruf von Thorsten Schick [CDU])

– „Können“, aha! Das haben Sie vorhin aber nicht gesagt. Das möchte ich hier feststellen.

Übrigens: Sie haben noch einmal die Stiftung angesprochen. Medienkompetenz ist nicht nur eine Frage der Nutzer, sondern es ist auch eine Frage der Produzenten von Inhalten. Insofern müssen wir auch dort auf der Höhe der Zeit sein.

Ich freue mich, dass in Kooperation mit dem Landtag im November erneut der „Tag der Medienkompetenz“ stattfindet. Er wird übrigens vom Grimme-Institut durchgeführt.

Meine Damen und Herren, jede und jeder einzelne muss sich im Laufe seines Lebens mit immer neuen Fragen auseinandersetzen. Das fängt in der Schule an. Dort haben wir den Medienpass installiert. Wir tun also auch dort etwas. Auch die Landesregierung ist hier gefordert.

In der gesamten Digitalpolitik geht es nicht nur darum, einmal Fragen zu erkennen und Antworten zu finden, es ist vielmehr wichtig, die digitale Gesellschaft und sich daraus ergebende Veränderungen als Normalität zu akzeptieren, aufmerksam technische, gesellschaftliche und rechtliche Entwicklungen zu verfolgen, in völlig unterschiedlichen Bereichen Positionen und Lösungen zu erarbeiten sowie auf neuen oder veränderten Handlungsbedarf zu reagieren und dies kontinuierlich und abgestimmt.

In diese Debatte werde ich als Medienministerin mich auch zukünftig intensiv einbringen, genau wie

die Kolleginnen und Kollegen die Aktivitäten in ihren Bereichen voranbringen werden.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen:

Erstens. Wir in Nordrhein-Westfalen haben erkannt, dass die Digitalisierung einen grundlegenden Wandel und damit vielfältige Veränderungen ausgelöst hat.

Zweitens. Wir in Nordrhein-Westfalen haben unter anderem mit der LfM und Grimme die Institutionen, die sich diesen Herausforderungen und Fragen stellen können, und zwar State of the Art.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Oh!)

Drittens. Wir in Nordrhein-Westfalen arbeiten fortwährend und konsequent an den Instrumenten zur Bewältigung der digitalen Herausforderungen. Wir machen das gerne und mit Ihnen gemeinsam, so wie zum „Tag der Medienkompetenz“ im Landtag.

Ich freue mich auf den weiteren Diskurs. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und auch von mir ein schönes Wochenende.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Aussprache und stelle fest: Die **Große Anfrage 8** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist **erledigt**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor Sie jetzt alle aufbrechen, möchte ich zu einer kurzen persönlichen Erklärung ansetzen, die sich nicht auf mich bezieht, sondern auf einen lang gedienten Kollegen von uns, der dem Landtag über viele, viele Jahrzehnte – so kann man es sagen – gedient hat. Er hat heute insofern einen ganz besonderen Tag, weil es sein letzter Plenartag ist, zumindest in der aktiven beruflichen Zeit. – Möglicherweise kommen Sie ja noch mal gucken, Herr Dr. Gärtner. Ein paar Plätze sind immer mal wieder frei.

Ich möchte Ihnen, Herr **Dr. Gärtner**, im Namen des Hohen Hauses gerne danken für die Tatsache, dass Sie nunmehr seit 1982 und damit mehr als drei Jahrzehnten der Landtagsverwaltung und damit den Abgeordneten des Hohen Hauses gedient haben. Ich glaube, es ist eine lange Zeit, die Sie überblicken, nicht nur weil Sie aus dem alten Landtag mit in den neuen gezogen sind. Eben wurde mal gesagt: Das Internet vergisst nichts. Da ging mir durch den Kopf: Wenn Sie Herrn Dr. Gärtner etwas fragen, er hat auch nichts vergessen.

(Heiterkeit)

Mindestens so viel wie das Internet weiß er ohnehin, über den Landtag wahrscheinlich mehr als das Internet, vor allen Dingen über die vielen Kleinigkeiten, die im Hohen Hause stattgefunden haben. Eine

lange Zeit, mehr als acht Legislaturperioden – davon träumen ja manche.

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Dr. Gärtner, so lange haben Sie den Landtag begleitet. Im Namen des Hohen Hauses möchte ich Ihnen ausdrücklich unseren Dank aussprechen.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Wir wünschen Ihnen für die Zukunft alles Gute. Bleiben Sie uns erhalten mit der Arbeit, die Sie noch für uns leisten werden. Ich freue mich auch persönlich, dass ich das heute sagen durfte. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall)

Vielen Dank, auch für die freundliche Geste, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 26. März 2014, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen eine engagierte, arbeitsreiche und erlebnisreiche sitzungsfreie Zeit und einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:49 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

**Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.**